



# Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter  
und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Bezugspreis monatlich 0,50 Reichsmark ohne die Bestellgebühr. - Anzeigen: die 3spaltige Pettizeile 1,- Reichsmark  
Todes- und Verclamlungsanzeigen die Zeile 0,10 Reichsmark - Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Nur Postbezug zulässig.

## Der Verbandstag.

Am 25. Juni wurde im Flora-Restaurant zu Köln am Rhein der 9. ordentliche Verbandstag eröffnet. Ueber die Verhandlungen berichten wir anschließend. Im Zusammenhang mit dieser Tagung muß einiges gesagt werden.

Es ist ja im allgemeinen guter Brauch geworden, daß die Mitglieder der gastgebenden Zahlstelle den Abgeordneten der Mitgliedschaften ein dem Charakter der Tagung entsprechendes festliches Willkommen entbieten. Wird doch damit die solidarische herzliche Gemeinschaft würdig zum Ausdruck gebracht und empfunden. Der Verbandstag ist ja nicht nur Rede-Parlament, das im Widerstreit der Meinungen Wünsche und Beschwerden der Kolleginnen und Kollegen prüfen, anerkennen oder ablehnen soll, er ist mehr, ist Höhepunkt des Organisationslebens, soll auch im herzlichen Einklang die Arbeiter des Alltags zusammenbringen, soll im persönlichen Verkehr ein Verstehen für die Freuden und Schmerzen gut ermöglichen. Nicht nur die sachliche Arbeit des Tages ist dienlich und zweckmäßig für das große Ganze, im freundschaftlich kollegialen Verkehr wird manches viel leichter, oft auch besser geregelt, als im hitzigen Wortgefecht. Die Begrüßung, die Einführung, der Auftakt kann schon entscheidend den Erfolg bestimmen, ihm kommt eine Bedeutung zu, die wir nicht unterschätzen sollen, um so mehr, da wir den Willen und das Verlangen der Mitglieder zu dieser Art der Gemeinjamkeit voraussehen müssen.

Die Kolleginnen und Kollegen in Köln a. Rh. haben das richtige Gefühl gehabt für den Charakter dieser Tagung, als sie die Delegierten zu einem besonderen Festakt am Sonntag baten. Die Mitglieder von Köln a. Rh. haben die Delegierten und Gäste am Sonntagvormittag im Opernhaus in würdiger Art empfangen und die Kunst in den Dienst unserer guten Sache gestellt. Den Festakt gebührend zu würdigen, müssen wir berufenen Leuten überlassen, wir können nur den Eindruck schildern, den die künstlerischen Darbietungen auf uns gemacht haben, und das auch nur sehr unvollkommen. Der ungemein rührige, arbeitsfreudige Gauweiler von Rheinland-Westfalen, Kollege Heilmann, wird wohl kaum mehr in seinem Leben mit einem Schläge so viel Sympathien gewinnen, wie an diesem Tage, er hat so ziemlich alles, was möglich war, aufgeboten, um einen guten Boden für die Tagung in Köln a. Rh. zu schaffen.

Beethovens Musik leitete den Festakt ein, eine herzliche Begrüßung von Kollegen Heilmann folgte, der sich die Festrede des Verbandsvorsitzenden, Kollegen Bucher, angeschlossen. Brausenden Beifall fanden seine zu Herzen gehenden Worte und ihr Ausklang „alles durch, alles für den Verband“, brachte so recht die Stimmung zum Ausdruck, die alle befehlte. Der Gesangverein Gutenbergs, Köln, bot hohen Kunstgenuß durch den Vortrag von Kurtis „Hoch empor“. Wir danken diesen Kollegen auch an dieser Stelle für ihre lebenswürdige Mitwirkung, die zum Gelingen des ganzen beträchtlich beitrug. Die Kölner Sänger können etwas. Wir hörten nicht nur gute Stimmen, die Kultur haben, sondern wurden mit einem Vortrag überrascht, den ihnen wenige nachmachen werden. Den Mittel- und Höhepunkt der Veranstaltung bildete ein Festspiel von Georg Beyer „Gutenbergs Kunst in Traum und Wirklichkeit“, ein Sinnbild der Arbeit und unseres kulturellen und beruflichen Seins, in neuartiger, formstrophischer Inszenierung. Der Autor gab den Darstellern Worte, die zu Herzen gingen und die Darsteller fanden den rechten Ton für das Publikum, das dankbar ihre Leistungen anerkannte. Die Darstellerin der Hilfsarbeiterin, Lenore Fein, ahnt wohl kaum, wie stark ihre Kunst die Kolleginnen und Kollegen ergreift. Ein gemeinsamer Gesang „Brüder zur Sonne, zur Freiheit“, schloß das Festspiel von Georg Beyer, dem wir herzlich für das Werk danken, wie auch den andern Damen und Herren, die uns beste Leistungen zeigten. Die symphonische Dichtung „Les-

Preludes“ von Fr. Liszt, brachte die Feier zum Abschluß.

Es ist nicht unsere Art, so eingehend über Festveranstaltungen zu berichten, wir müßten aber diesmal doch eine Ausnahme machen, um den Kolleginnen und Kollegen, die nicht dabei waren, zu zeigen, daß Dinge, die nur mittelbar mit unserer Arbeit etwas zu tun haben, beliebig nicht überflüssig oder entbehrlich sind. Nein, solche Veranstaltungen fördern unsere Tätigkeit, unsere Organisationsarbeit für die Berufsangehörigen, wir sollen und dürfen sie nicht missen, es ist Kultur für die Arbeiter, die wir dringend nötig haben. Den Kölner Kolleginnen und Kollegen im Namen der Delegierten und der Verbandsleitung



Rathaus

herzlichen Dank. Es wird anderen Zahlstellen schwer werden, sie zu überbieten. Doch das erwartet auch niemand. Jeder in seinem Kreis, nach seinem Vermögen und Können, und wer darin sein Bestes gibt, hat seine Pflicht voll erfüllt. Die Mitgliedschaft von Köln a. Rh. hat viel zu geben, sie hat einen Besitz, der glücklich macht, andere werden versuchen, sich ihn zu erwerben.

## Verhandlungsbericht.

Sonntag, den 24. Juni 1928.

Kollege Bucher eröffnet die Vorbesprechung zum Verbandstag um 1/4 Uhr. Die Sitzung ist einberufen, um einen Teil der geschäftlichen Vorarbeiten zu erledigen. Als Vorsitzende werden gewählt die Kollegen Bucher, Hornte und Heilmann-Köln, als Schriftführer W. Grohmann-Berlin, Herdegen-München, Pünjer-Bremen, Anna Koh-Weipzig.

### Tagesordnung:

1. Berichte
  - a) des Verbandsvorsitzenden
  - b) des Verbandskassierers,
  - c) des Bezirksvorsitzenden,
  - d) des Redakteurs,
  - e) des Obmanns der Revisionskommission.
2. Tarif- und Lohnbewegungen.
3. Die Bedeutung der Arbeitsgerichtsbarkeit für das kollektive Arbeitsrecht.
4. Statutenberatung.
5. Agitation.
6. Die materielle und kulturelle Bedeutung der Frauennarbeit.
7. Jugendbewegung.

8. Wahlen des Verbandsvorstandes, des Redakteurs und der Revisoren.
9. Festsetzung der Gehälter, Entschädigungen und der Tagungsgelder der Delegierten.
10. Verschiedenes.

Es erfolgt die Wahl der Kommissionen.

Mandatsprüfungskommission: Stache-Berlin, Busse-Hannover, Kiel-Köln, Frost-Baughen, Sellge-Hamburg.

Statutenberatungskommission. Ueber die Bildung dieser Kommission kommt es zu einer längeren Aussprache, da Berlin beantragt, nicht eine, sondern zwei Kommissionen zu wählen, die Arbeiten in einer ideellen und einer materiellen Kommission zu erledigen; der Antrag Berlin wird abgelehnt und eine neungliedrige Kommission beschlossen. Sie besteht aus: Weber-Barmen, Leemann-Frankfurt a. M., Rieger-Karlsruhe, Schmid-München, Taubrich-Dresden, Toepele-Wagdeburg, Wolken-Weipzig, Manckenberg-Berlin, Kirchner-Hamburg.

Gehalts- und Diätenkommission: Schmid-München, Franz-Dresden, Gütting-Frankfurt a. M., Sellge-Hamburg, Gloth-Berlin.

Damit waren die vorbereitenden Arbeiten erledigt. Schluß der Sitzung 3/4 Uhr.

Am Abend nahmen die Delegierten an einem Rheinischen Abend teil, der ihnen zu Ehren von der Zahlstelle Köln a. Rh. veranstaltet wurde.

Montag, den 25. Juni 1928.

### Vormittag.

Bucher begrüßt die Delegierten und Gäste mit herzlichen Worten, in denen er auch auf den festlichen Empfang durch die Kölner Mitgliedschaft hinweist. Er hebt besonders die Teilnahme unseres Verbandes an der „Pressa“ hervor, aus dem Urteil von berufener Munde ist zu ersehen, daß der Verband seine Sonderchau auf der „Pressa“ verständnisvoll und gut gestaltet hat. Er gedenkt der von Deutschland losgetrennten Teile und der Leiden unserer Kollegen durch die Befehung. Auf die politischen Wahlen eingehend, spricht er den Wunsch aus, daß die gewählten Männer und Frauen dem berechtigten Verlangen der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften entgegenkommen. Wir wünschen nicht, daß durch Fausschläge und ungebührliches Benehmen im Parlament der Sache der Arbeiterchaft geschadet wird, durch sachliche Arbeit und kluges taktisches Vorgehen nur kann uns gebiet werden. Wir stehen vor der Aufgabe, Neueinrichtungen für die Kollegenschaft zu schaffen, was uns hoffentlich zum Wohle der Mitgliedschaften gelingen wird. Durch kollegiale Rücksichtnahme, gegenseitiges Verstehen muß es uns gelingen.

Anwesend ist die Kollegin Gertrud Hanna vom ADGB. Vom Buchdruckerverband die Kollegen Krauh und Bertram, vom Verband der Lithographen und Steindrucker Kollege Lange, vom Buchbinderverband Kollege Hauereisen.

Außerdem ist als Vertreter des Ortsausschusses Genosse Kreibohni und der Stadt Köln Stadtdirektor Albrecht anwesend.

Anwesend sind auch Vertreter der tschechischen Hilfsarbeiterverbände, aus Prag die Kollegin Bodava, aus Brünn Kollege Grosz.

Begrüßungsgramme sind u. a. eingegangen von der „Graphischen Union“ in Reichenberg (Böhmen), die graphische Jugend von Köln hat den Verbandstag mit einer schönen Widmung überrascht: „Wir sind die Jugend! Werbende Kämpfer! Euch, Ringende, grüßen wir!“

Nach den Ausführungen des Verbandsvorsitzenden nimmt Kollege Heilmann zu einer kurzen Begrüßungsaussprache das Wort.

Dann spricht Stadtdirektor Albrecht im Auftrage des Oberbürgermeisters von Köln Worte der Begrüßung. Er hebt dabei hervor, daß auf der „Pressa“ unser Verband vom Wesen und Wirken der Organisation ein glänzendes und bereedtes Zeugnis ablegt.

**Verband Jena begrüßt den Verband im Auftrag des Vorstandes des DDOB.** Vor ungefähr 40 Jahren rechnet die Gründer der ersten Ortsvereine von ungelerten Arbeitern und Arbeiterinnen wohl nicht damit, welche ungeahnte Entwicklung die Organisation dieser Berufsgruppe nehmen und welche Erfolge sie für die Hilfsarbeiterschaft erzielen werde.

Kollege K r a u z vom Verband der Deutschen Buchdrucker begrüßt im Namen der graphischen Verbände und überbringt seine Glückwünsche zum 30-jährigen Bestehen der Organisation. Er sagt volle Unterstützung des Verbandes bei dem Kampfe gegen die Unternehmer zu, sollte sich diese in Zukunft nötig machen.

Kollege W e z e t vom österreichischen Verband der Buch- und Zeitungsarbeiter findet herzliche Worte der Begrüßung und zeichnet ein Bild von den Zuständen in Oesterreich, von den schweren Kämpfen der Arbeiter im österreichischen Bruderlande. Doch alle Maßnahmen der Regierung und der Unternehmer vermögen nicht, die Organisationen der Arbeiter zu schwächen.

Kollegin B o t a v a spricht für die Hilfsarbeiterverbände in der Tschechoslowakei. Sie wünscht den Verhandlungen guten Verlauf und vollen Erfolg, ebenfalls Kollege G r o ß von der Organisation der Hilfsarbeiter aus Brinn.

Kollege L a n g e vom Verband der Lithographen und Steindrucker hat den Auftrag, im Namen seiner Berufsinternationalen, deren Mitglied unser Verband geworden ist, den Verband zu begrüßen. Dann spricht Genosse K r e i b o n vom Ortsausschuß Köln.

Die Präsenzliste wird festgestellt.

Anwesend sind folgende Teilnehmer:

I. Rheinland-Westfalen. Ferdinand Heilmann, Köln a. Rh.; Clemens Kiel, Köln a. Rh.; Wilhelm Weber, Barmen; Max Stempel, Dortmund; Ewald Bestow, Düsseldorf; Anselm Siedt, Saarbrücken; Arthur Fiedler, Essen.

II. Frankfurt a. M.-Hessen. Anton Kall, Frankfurt a. M.; Walter Hüttig, Frankfurt a. M.; Karl Keesmann, Frankfurt a. M.; Ernst Menges, Darmstadt; Heinrich Linger, Offenbach a. M.

III. Württemberg, Baden, Bayr. Pfalz. Hugo Werner, Stuttgart; Marie Joch, Stuttgart; Otto Kall, Stuttgart; Adolf Rieger, Karlsruhe; Josef Fröhling, Ludwigshafen a. Rh.

IV. Südbayern. Fritz Lehmeier, München; Richard Wagner, München; Anna Auenhammer, München; Leopold Herdegen, München; Anton Mayer, Augsburg.

V. Nordbayern. Karl Redding, Nürnberg; Luise Laubmann, Nürnberg; Johann Stirnweiß, Nürnberg; Josef Dvorak, Bayreuth.

V. Sachsen. Franz Herrmann, Dresden; Arthur Täubrich, Dresden; Arthur Franz, Dresden; Lina Wolf, Dresden; Max Dill, Dresden; Klara Stopp, Zwickau; Bruno Frost, Baugen; Fritz Käseberg, Zwickau.

VI. Provinz Sachsen-Anhalt. Franz Behrendt, Leipzig; Friedrich Mattheis, Bera; Paul Hentschel, Jena.

VII. Leipzig. Walter Beyer, Leipzig; Karl Wollen, Leipzig; Otto Thielemann, Leipzig; Otto Rohland, Leipzig; Felix Lindner, Leipzig; Richard Springer, Leipzig; Max Horn, Leipzig; Max Söh, Leipzig; Georg Stamm, Leipzig; Bernhard Höhn, Leipzig; Anna Koll, Leipzig.

VIII. Brandenburg, Pommern, Ost- und Westpreußen. Franz Sticker, Stettin; Hermann Borch, Stettin; Otto Padud, Königsberg i. Pr.

VIIa. Schlesien. Max Reinhold, Breslau; Karl Reifmann, Breslau; Fritz Schulz, Görlitz.

VIII. Berlin. Otto Bloth, Berlin; Gustav Grohmann, Berlin; Willy Grohmann, Berlin; Max Hantenburg, Berlin; Oskar Stache, Berlin; Max Hofmann, Berlin; Richard Günther, Berlin; Oskar Schäfer, Berlin; Karl Bohl, Berlin; Hermann Klaus, Berlin; Adolf Strahendorff, Berlin; Wilhelmine Runge, Berlin; Richard Arnob, Berlin; Paul Rib, Berlin; Hans Wolf, Berlin; Frida Grub, Berlin; Franz Kujath, Berlin; Paul Schulze, Potsdam.

VIIIa. Provinz Sachsen (nördlicher Teil). Paul Löpel, Magdeburg; Karl Königsmart, Magdeburg; Hermann Heise, Wittenberg.

IX. Provinz Hannover, Oldenburg, Braunschweig und Lippe-Deimold. Wilhelm Spatuhl, Hannover; Heinrich Busse, Hannover; Dorette Bartels, Hannover; August Kruse, Deimold; Walter Räufer, Braunschweig; Fritz Bräuer, Osnabrück.

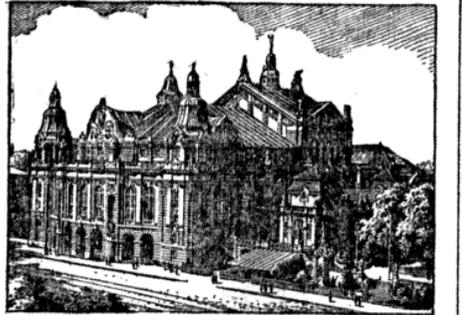
X. Hamburg, Schleswig-Holstein, Mecklenburg, Bremen. Hermann Lohse, Hamburg; Carl Sellge, Hamburg; Carl Kirchner, Hamburg; Irma Obermeit, Hamburg; Fritz Pünjer, Bremen; Bernhard Kall, Lübeck.

XI. Danzig. Bruno Barn, Danzig. Verbandsvorstand. Engelbert Bucher, 1. Vorsitzender; Ernst Hornt, 2. Vorsitzender; Heinrich Lohdahl, Kassierer; Karl Spalthoff, Beisitzer.

Verbandsbeirat. Albert Schmid, München.

Redaktion der „Solidarität“. Karl Schulze, Redakteur.

Revisionskommission. Emil Fornsieft, Berlin.



Openhaus

Kollege B u c h e r zum Geschäftsbericht: Nur einige wenige Punkte sind es, die ich hinweisen möchte. Ich weiß, daß verschiedene mehr oder weniger wichtige Angelegenheiten ja doch von den Delegierten aus der schriftlichen Berichterstattung herausgegriffen werden, um die Meinung der Kollegen dazu in den einzelnen Gauen und Orten zum Ausdruck zu bringen. Es wird sich dann im Verlaufe der Diskussion ermöglichen lassen auf diese Dinge einzugehen. Das wichtigste Gebiet, das wir von jeder zu bearbeiten haben und worauf schon in unsern einleitenden Worten hingewiesen wurde, ist das Lohn- und Tarifgebiet. Wir haben in unserer Organisation von jeder dieses Gebiet in den Vordergrund geschoben; wir haben uns weniger mit grundsätzlichen Problemen beschäftigt, sondern stets jeden Tag unserer Arbeit auf den realen Boden der Tatsachen gestellt und jede Minute dazu ausgenützt, für das Wohl und Wehe unserer Kollegenschaft innerhalb unsres Gewerbes zu sorgen. Jede Minute Arbeitszeiterkürzung und

jeder Großen Lohnerböhung war uns mehr wichtiger als manche Frage, die tiefgründig in der Arbeiterpresse, in manchen Zusammenkünften erörtert wurde. Und wir haben gesehen, daß wir damit das Richtige getroffen haben, obwohl uns nicht der Vorwurf gemacht werden kann, daß wir das übrige Aufgabengebiet einer Gewerkschaft stiefmütterlich behandelt hätten. Der Verbandsvorsitzende spricht dann sehr ausführlich über die Lohnbewegungen des Jahres.

Unsere Tarife liefen bis 31. März 1928. In den verschiedensten Gewerkschaften war das Bestreben bemerkbar, den Ablauf der bestehenden Lohnsätze nicht erst abzuwarten, sondern die ganze wirtschaftliche Lage zum Anlaß vorzeitiger Lohnänderungen zu nehmen. Alle diese Bewegungen, einschließend der unfrigen, sind gescheitert. Die Unternehmer haben — ganz abgesehen von ihrer natürlichen Einstellung, den Lohnforderungen der Arbeiterchaft den größtmöglichen Widerstand entgegenzusetzen — insbesondere bei uns auf den Schein ihres Rechtes bestanden. Und sie stellten sich auf den Standpunkt: abgeschlossene Verträge müssen eingehalten werden. Und wir mußten uns nach Lage der Dinge damals mit einer Ablehnung begnügen. Wir wußten, daß wohl vielleicht die Kraft in der Buchdruckerarbeiterschaft stekt, durch Anwendung gewerkschaftlicher Kampfmaßnahmen einen bestimmten Druck auf die Unternehmer auszuüben. Wir wußten aber auch, daß wir Widerstände dabei zu befürchten hatten, die sich aus unserer Tariffähigkeit ergeben. Für die Neugestaltung des am 31. März abgelaufenen Tarifes wurden ganz selbstverständlich und begrifflich ersehnte Forderungen gegenüber dem Oktober aufgestellt. In gemeinschaftlicher Beratung wurden unsere Forderungen formuliert und unsern Tarifpartnern unterbreitet. Ein glattes Nein war die Antwort der Prinzipale. Die Begründung dieser Ablehnung ist Ihnen durch die Presse bekannt und durch unsere Berichterstattung, die auf den verschiedenen Konferenzen und Versammlungen gegeben wurde. Ich brauche sie nicht wiederholen, brauche auch hier nicht auszuführen, welche Gründe uns veranlaßt haben, unsere Forderungen, so wie sie gestellt wurden, zu formulieren. Nachdem eine Vereinbarung durch die abweisende Haltung der Unternehmer nicht möglich war, ist tarifgemäß das Zentrallichtungsamt zusammengetreten, das nach vergeblichen Versuchen, doch noch eine freie Vereinbarung herbeizuführen, den bekannten Spruch gefällt hat. Es war nicht erst ein Sturm der Entrüstung in der Kollegenschaft notwendig, sondern wir Verhändler auf Arbeitnehmerseite, Buchdrucker und Hilfsarbeiter, haben die Prinzipalsvertreter, der Deutsche Buchdruckerverein, der von Anfang an erklärte, nicht einen Fennig Lohnerböhung geben zu können, diesen Spruch angenommen, um die Möglichkeit zu bekommen, die Verbindlichkeitserklärung beim Arbeitsminister zu beantragen. Die Organisationsleitungen haben sich entschlossen, die Kollegenschaft zu Kampfmaßnahmen aufzurufen. Es ist beschlossen worden, die Ründigungsorgane einzuleiten. Die leitenden Instanzen beider Organisationen waren sich darüber klar, daß dieser Beschluß und seine Durchführung bestimmt nicht ohne Wirkung sowohl auf die Unternehmer wie auch auf das Arbeitsministerium sein werde. Wir haben mit Genugtuung festgestellt, daß dem Rufe der Organisation überall restlos Folge geleistet wurde. Mit welchem Erfolg ist bekannt.

Der Arbeitsminister stellte sich auf dem Standpunkt: „Ich, der ich der Offenlichkeit gegenüber der-

## Ein Gang durch die Kölner Geschichte.

Von Herm. Keussen.

Neben Trier rühmt sich Köln die älteste Stadt auf deutschem Boden zu sein. Die römische Kolonie, welche zur Seite einer Ansiedlung des germanischen Volksstammes der Ubiar begründet wurde, ist der Ausgangspunkt der größten deutschen Stadt im Mittelalter geworden. Man kennt den Verlauf der römischen Stadtmauer, welche noch in einzelnen Teilen erhalten ist; ihr anschließender Ueberrest ist der sogenannte Römerturm. Das reiche kulturelle Leben in der römischen Blütezeit wurde durch den Ansturm der Franken vernichtet. Was noch übrig geblieben war, ging in der Karolingerzeit zugrunde, als die Plünderungszüge der Normannen die ganze Stadt in Schutz und Asche legten.

Als Bauernvolk hatten die Franken nur einen Teil der Stadt besetzt, zumeist auf beiden Seiten der heutigen Hochstraße. Im Nordosten lag der Palast des Königs, im Südosten der Wohnsitz der Hausmeier, auf deren Boden sich die spätere Kirche S. Maria in Capito, die Gründung der Plektubis, erhob. Die ursprüngliche Bischofskirche muß inmitten der alten Stadt gelegen haben an der Stelle der jetzigen Kirche S. Caecilia. Als zu Karls des Großen Zeit der Kölner Bischof Hildebold mit der Würde eines Metropolitens beehrt wurde, wurde der Dom an seine heutige Stelle gegenüber dem königlichen Palaste verlegt. Nördlich von der Römerturm erhoben sich die beiden Märtyrerkirchen S. Ursula und S. Gereon. Ebenso reichen die beiden Stiftkirchen am Rhein, S. Kunibert im Norden, S. Severin im Süden, in die alte Zeit zurück.

Der geringe Handel im frühen Mittelalter wird vornehmlich in den Händen der Juden gelegen haben, welche ein Ghetto an der östlichen Stadtmauer bewohnten an einer für den Handel günstig liegenden Stelle. Woll- und Tuchhandel werden die Friesen betrieben haben, welche in der Karolingerzeit sich in der Gegend von S. Gereon niederließen. Erst die Ditonenzeit brachte der Stadt einen neuen Aufschwung, der sich durch das spätere Mittelalter fortgesetzt hat. An dem der Erzbischof Bruno durch seinen Bruder Kaiser Otto zu der geistlichen Würde noch das weltliche Herzogtum Lothringen erhielt, wurde die Bedeutung seiner Bischofsstadt erheblich gesteigert. Am Rhein vor den alten Mauern entstand eine Kaufmannsiedlung, welche, durch Gräben und Türme gesichert, mit der Altstadt enger verbunden war. Ein mächtiger Marktplatz diente dem Handelsverkehr der von allen Seiten herzufließenden Kaufleute. Als Marktkirche erhob sich Groß-S. Martin im Norden des Marktes am Rhein. In die mitten auf dem Markt stehende Münze schlossen sich Budenreihen an, welche den ursprünglichen einseitigen Markt in die heutigen Plätze Altermarkt und Neumarkt schieden. Bald nachher entstanden im westlichen Stadteil ebenfalls zwei große Plätze, der Griechen- und der Neumarkt; aber beide haben für den Kölner Handel keine größere Bedeutung erlangt. Vielmehr verfiel der Griechenmarkt der Bebauung; er erinnert ebenso wie das Griechen-tor, das eine Verbindung mit der Pantaleons-Abtei vermittelt, an die griechische Kaiserstochter Theopanu, die in der vor den Mauern liegenden Abtei die letzte Ruhestätte erhielt.

Der durch den Handel sich stetig mehrende Wohlstand der Kölner Bürgerschaft weckte in ihr das

Streben nach politischer Macht und Selbstbestimmung, das sich zuerst in einem von dem harten Erzbischof Anno mit Gewalt niedergeschlagenen Aufstand bemerkbar machte. Ein Menschenalter später stand das Kölner Volk gegen seinen Erzbischof auf seit den alten Kaisers Heinrich IV., der die Bürgerschaft zur Ausdehnung und Befestigung des städtischen Beschäftigung veranlaßte. Im Norden und Süden wurden der Altstadt die Vorstädte Niederich und Oersburg, im Westen der Apostelnbezirk angegliedert. In der berühmten Schwurvereinigung für die Erlangung der Freiheit, der coniuratio pro libertate, im Jahre 1112 sehen wir den Beginn des Aufstiegs Kölns zur selbständigen politischen Macht, die allerdings erst im Jahre 1475 durch den Kaiser Friedrich III. die gesetzliche Anerkennung der Reichsregierung fand. Während vorher die Schöffen im Auftrag des Erzbischofs die Stadtverwaltung geführt hatten, gab sich die aufstrebende Bürgerschaft in der Rikerverse und ihren Bürgermeistern eine eigene Obrigkeit. Deren Sitz war in dem Hause der Reichen dem Bürgerhaufe, das nachmals in Rathaus umgetauft wurde, als eine neue Behörde, der Rat, sich die Regierungsgewalt errang. Er war die Vertretung der im Jahre 1180 zu ihrem späteren Umfang erweiterten mittelalterlichen Großstadt. Etwa 40 000 Einwohner mag sie zur Zeit ihrer größten Blüte gezählt haben.

Glänzende Kirchenbauten gaben dem Köln des späteren Mittelalters das äußere Gepräge. Kunst und Wissenschaft fanden ihre wirksame Förderung. Für die künstlerische Bedeutung legt die bekannte Kölner Malerichule Zeugnis ab. Unter den deutschen Hochschulen stand die 1388 gegründete Kölner Universität in erster Reihe. Im Zusammenhang mit den

antwortlich bin, kann es nicht zulassen, daß im Wahlkampf vielleicht nur die Presse einer Partei erzieht und die übrige lahmgelegt wird. Es liegt ein öffentliches Interesse vor, einen Wirtschaftskampf im Buchdruckgewerbe zu vermeiden." Und nachdem die Versuche, doch noch zu einer freien Vereinbarung zu kommen, an dem Widerstand der Prinzipale scheiterten, ist die Verbindlichkeitsklärung erfolgt. Es war daher notwendig, so schwer es uns gefallen ist, die getroffenen Maßnahmen wieder rückgängig zu machen. Wir mußten die Kollegenschaft auffordern, die ausgesprochene Kündigung zurückzuziehen. Das hat ungeheuren Unmut erregt, mit Rücksicht auf die Forderungen, die gestellt wurden und denen gegenüber nur ein verhältnismäßig geringer Erfolg beschieden war, mit Rücksicht auf — und das ist ein psychologisches Moment — mit Rücksicht darauf, daß es der Kollegenschaft ungeheuer schwer gefallen ist, eine einmal ausgesprochene Kündigung wieder zurückzuziehen. Wir wissen, daß unsere Kollegen, soweit sie die Beschlüsse der Verbandsleitung durchzuführen hatten, in den einzelnen Gauen und Orten sicherlich den schwersten Standpunkt hatten, sich bei der Kollegenschaft durchzusetzen. Wir wissen aber auch, daß der Folgeleistung des zweiten Beschlusses zur Einstellung der Kampfmaßnahmen ebenso — von geringen Ausnahmen abgesehen — unsere Kollegen eine erfreuliche Geschlossenheit und gewerkschaftliche Disziplin gezeigt haben und das können wir auch wieder auf das Pluskonto unserer Organisation buchen. Die Unternehmerschaft hat hier gesehen, wessen sie sich zu versehen hat und ich bin überzeugt, daß man auch auf der Gegenseite die entsprechenden Lehren aus dieser Bewegung ziehen wird. Die Kollegenschaft im allgemeinen hat unsere Haltung verstanden. Ich darf dann zu den wenigen Dingen über die ich zu berichten habe, auf einen andern Gegenstand eingehen. Der letzte Verbandstag in Hamburg hat darüber befunden, wie wir uns zur internationalen Bewegung zu stellen haben. Wir sind mit den Sekretariaten der Buchdrucker und Steinbrucker in Verbindung getreten, der Internationale Bund der Lithographen und Steinbrucker hat sich mit dem Anschluß der deutschen Hilfsarbeiterorganisation beschäftigt, und beschlossen, das Hilfspersonal aufzunehmen.

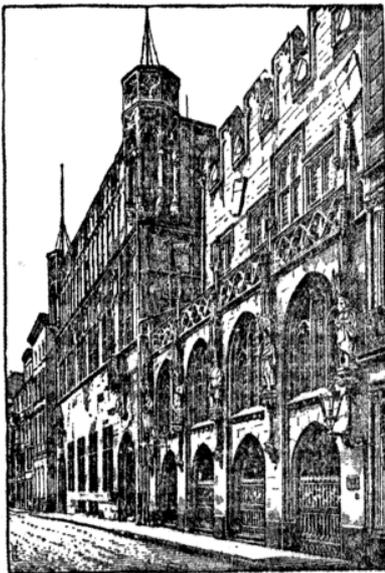
Durch diesen Beschluß des internationalen lithographischen Bundes war uns die Möglichkeit des Anschlusses unserer Organisation mit dem Teil, der im Steinbruckerberuf arbeitet, gegeben. Wir haben ihn nicht sofort vollführt, und zwar in der festen Ueberzeugung, daß es in Kürze möglich sein wird, auch den Anschluß an die Internationale der Buchdrucker vornehmen zu können. Die Deutsche Buchdruckerorganisation hat sich mit allem Nachdruck für die Aufnahme unserer Organisation eingesetzt und übernahmenderweise ist mit allen gegen die Stimme der Deutschen unsere Aufnahme abgelehnt worden. Ich will dabei betonen, daß Desterreich infolge einer Erkrankung seines Vertreters in der Kommission nicht vertreten war. Ich glaube aber, es waren neun gegen eine Stimme die sich hinter eine statutarische Bestimmung verchanzten, die da lautet:

„Zwei Organisationen aus einem Lande können nicht Mitglied der Internationale werden.“

Diese Bestimmung hat jedenfalls die Bedeutung, daß sich zwei gegenüberstehende Organisationen in der Internationale nicht vereinigen können. So wird sie von der Vertretung des Deutschen Buchdruckerverbandes aufgefaßt und auch wir können sie nicht anders auffassen. Der Kollege Krauß als Vertreter

des Deutschen Buchdruckerverbandes, der gleichzeitig hier die Vertretung der Internationale übernommen hat, wird uns ja über diese, wie auch über die Stellungnahme des Buchdruckerverbandes Aufklärung geben. Wir wollen uns verpflichten, die Internationale zu fördern und zu stützen, nachkommen, aber wir werden uns nicht bindend aufdrängen, wenn man uns nicht haben will.

Ich könnte jetzt vielleicht lang und breit auch über die Entwicklung unserer Organisation sprechen, über die Mitgliederbewegung, über das heute schon berührte Anwachsen unserer Kampferfahrungen, aber der Verbandskassierer wird zahlenmäßig berichten. Es wird Ihnen noch bekanntgegeben werden, welche Anträge in den Geschäftsbericht hineinspielen, über die auch gesprochen werden muß. Ich will dazu vorerst nicht Stellung nehmen und erst die Begründung von Ihrer Seite hören. Ich glaube, Kollegen und Kolleginnen, sagen zu dürfen, daß zum mindesten der Wille des Verbandsvorstandes in den letzten drei Jahren vorhanden gewesen ist, das Beste für den Verband und für die Kollegenschaft zu erringen. Ob uns das



Würzburg

gelungen ist und ob die Kollegenschaft mit unserer Arbeit zufrieden ist, das sollen Sie heute zum Ausdruck bringen und danach Ihre Beschlüsse einrichten. (Gebähter Beifall.)

Es ist ein Telegramm von der Zahlstelle Neuwied eingelaufen: „Zur heutigen Eröffnung und weiterem Verlauf die besten Wünsche.“

Der Kassenbericht erstattete Kollege Loda: Ich beschränke mich darauf, einige markante Punkte hervorzuheben, die in den letzten drei Jahren eine Rolle gespielt haben. Ich werde Ihnen da einige Zahlen nennen, aus denen hervorgeht, wie sich unsere Finanzen entwickelt haben. Sie hörten, daß wir beim letzten Verbandstag in Hamburg einen Kassenbestand von 317 536,77 Mk. vorweisen konnten. Ein Jahr später am 1. April 1926, war der Bestand auf 648 247,10 Mark gestiegen, hatte sich also verdoppelt, um am

1. April 1927 auf 1 130 784,06 Mk. zu kommen, und nun schließen wir die Verbandsperiode mit 2 005 775,84 Mk. ab. In gleicher Weise ist auch das Kopfvermögen gestiegen. Betrag es am Schlusse des Jahres 1924 9,62 Mk., so errechneten wir 1925 schon 17,15 Mk., 1926 31,04 Mk. und 1927 51,42 Mk. Wir können also ruhig feststellen, daß wir ganz hübsche Fortschritte gemacht haben. Aber auch die regelmäßige Beitragszahlung hat zur Besserung unserer Finanzen wesentlich beigetragen. Auch hier ein erfreulicher Fortschritt. Ebenso sieht es mit dem Aufstieg der Beitragshöhe aus. 1924 erreichte der Wochenbeitrag durchschnittlich 48 Pf., 1925 stieg er auf 66 Pf., dann auf 76 Pf., um im letzten Jahre auf 81 Pf. zu steigen. Der höchste Durchschnittsbeitrag wurde im IV. Quartal 1927 mit 83 Pf. erreicht, ist also in drei Jahren um 35 Pf. oder 73 Proz. gestiegen. Nicht auf Grund irgendwelcher Beitragserhöhungen, sondern vor allem durch die Anpassung an gesteigerte Löhne. Die Ausgaben sind im Gegensatz zu den Einnahmen ständig heruntergegangen. Das ist darauf zurückzuführen, daß die Arbeitslosenunterstützung bedeutend gesunken ist. Wie es nun mit unseren Finanzen vorwärts gegangen ist, so ist auch die Entwicklung unserer Mitgliederzahlen. 1924 hatten wir am Schlusse 33 125 Mitglieder, 1925 waren es 37 793. Das Jahr 1926 brachte einen kleinen Rückschlag. Wir gingen auf 36 433 zurück. Dieser Verlust wurde aber im letzten Jahre nicht nur vollkommen ausgeglichen, sondern bei weitem überholt und 1927 hat mit 39 307 Mitgliedern abgeschlossen. Heute haben wir die 40 000 längst überschritten. Immerhin haben wir seit dem letzten Verbandstag 7882 Mitglieder, also 24 Proz., zugenommen.

Beiratsvorsitzender Albert Schmid: Bei dem normalen Verlauf, den unsere Verbandstätigkeit in den letzten drei Jahren gezeigt hat, ist es logisch, daß auch der Bericht des Beirats nicht allzu groß und weit-schweifig sein kann, ist doch der Beirat nichts als eine Institution, die mit dem Verbandsvorstand befaßt sein muß, die Interessen des Verbandes in jeder Beziehung zu wahren. Die Tätigkeit des Verbandsbeirates ist indessen auch nach außen nicht so in Erscheinung getreten, sie hat sich hauptsächlich gestützt auf eine rege Korrespondenz zwischen den einzelnen Mitgliedern des Beirats über alle Angelegenheiten die sich im Verband abgespielt haben. Es sind weiter von verschiedenen Zahlstellen an mich Anfragen ergangen in bezug auf die Wahl der Delegierten und die Wahlordnung im Statut. Auch das war ein schwer zu beantwortendes Kapitel. Es trifft nicht zu, daß ich, wie behauptet worden ist, nicht geantwortet hätte. Ich habe mit einer gewissen Absicht keine besonderen Weisungen gegeben, weil es außerordentlich gefährlich ist, als Beiratsvorsitzender Entscheidungen herauszugeben, die von den übrigen Beiratsmitgliedern nicht gebilligt werden. Eine heikle Sache war immer die Frage, wie die Verbandsbeiratsmitglieder zu Sitzungen des Verbandsvorstandes mit den Gauleitungen usw. zugezogen werden sollen. Der Verbandsvorstand hat mich immer zugezogen. Auf meine Anregung und auf Wunsch der übrigen Beiratsmitglieder hat der Vorstand seine Zustimmung gegeben, daß bei Verhandlungen in Zukunft, die die Anwesenheit des Beiratsvorsitzenden bedingen, auch das Beiratsmitglied, das am Orte wohnt, zugezogen wird.

#### Nachmittagsführung.

Redakteur Karl Schulze: Werte Kollegen! Das, was Ihnen die Redaktion der „Solidarität“ zu berichten hat, wäre zum großen Teil eigentlich eine Wiederholung des schon auf dem vorigen Verbandstag vor drei Jahren Gesagten. Die Gewerkschafts-

gelehrten Studien stand die frühzeitige Einführung und Pflege des Buchdrucks und des Buchhandels. Nicht weniger als 1271 Werte haben die Kölner Druckerpressen noch im 15. Jahrhundert verlassen. In dem mächtigen Städtebunde der deutschen Hanse war Köln der Vorort der westdeutschen Städte. Doch veranlaßten die der allgemeinen hanftischen Politik widersprechenden englischen Handelsinteressen Kölns einen zeitweiligen Ausschluß aus der Hanse.

Später als in den meisten anderen deutschen Städten verlor der Kölner Rat seinen aristokratischen Charakter. In dem Verbundbriefe vom Jahre 1396, der durch den Transfirkrieg vom Jahre 1513 seine Ergänzung fand, wurde die demokratische Verfassung der in Gaffeln gegliederten Bürgerschaft eingeführt. Aber in den neueren Jahrhunderten entwickelte sich aus dem Rate eine Oligarchie, die mit dem Sinken des städtischen Wohlstandes und Ansehens immer mehr verknöcherte. Durch die Beteiligung an dem Reichskriege gegen den Herzog Karl den Kühnen von Burgund, den sogenannten Heufuhrkrieg, 1474/1475, verfiel die Stadt in eine Schuldenwirtschaft, deren Druck mehrfach Unruhen in der Bürgerschaft hervorrief. Erst als mehr als 100 Jahre später der Abfall des Erzbischofs Gebhard Truchseß vom katholischen Glauben die Stadt in Mitleidenchaft zog, griff der Rat zur Beseitigung der finanziellen Folgen zur direkten Besteuerung durch den hundertsten Pfennig, während bisher die Akzise das Rückgrat der städtischen Finanzen gewesen war. Als seit dem 16. Jahrhundert der Handel neue Wege einschlug, und die Niederlande den direkten Seehandel an sich rissen, ging der Kölner Eigenhandel allmählich zugrunde und mußte sich schließlich auf Kommissions-

und Speditionshandel beschränken, wie ihn das sorgfältig gebildete Stapelrecht gewährleistete. In derselben Zeit sank auch die ursprünglich so angesehene Universität mit ihrer beträchtlichen Fernwirkung von ihrer früheren Höhe zu einer lokalen Hochschule herunter, zumal ihr erheblicher Abbruch geschah durch die 1784 entstandene Bonner Universität, welche unter dem Einflusse des freier denkenden Erzbischofs mit dem rationalistischen Zeitgeiste ging. Dagegen hatte die kirchlich wie wissenschaftlich konservativ gerichtete Kölner Bürgerschaft sich diesem nicht anpassen gewußt. Seit 1556 die Gesellschaft Jesu sich in Köln eine dauernde Niederlassung geschaffen und ein päpstlicher Nuntius dreißig Jahre später dort seinen ständigen Sitz genommen hatte, ist die Stadt Köln der Anschrift ihres alten Siegels entsprechend die getreue Tochter der römischen Kirche geblieben. Protestanten wurden in Köln nur als Beifassen geduldet. Juden seit dem Jahre 1424 überhaupt nicht.

Die Verhältnisse änderten sich aber von Grund auf, als im Jahre 1794 die Franzosen auf 20 Jahre die Stadt in ihre Gewalt bekamen. Förderung fand die Stadt nicht durch die Fremdherrschaft; Bonn und Aachen wurden bevorzugt.

Erst die Zugehörigkeit zum preussischen Staate, in welche sich die Einwohnerschaft ursprünglich nur widerwillig fügte, hat der alten Stadt neues Leben zugeführt. Nicht die Förderung der Regierung, sondern die Gunst der Lage und die Tatkraft der Bevölkerung, welche durch zuwandernde tüchtige Kaufleute verstärkt wurde, sowie die Ausnutzung der neuen Verkehrs-mittel der Dampfschiffahrt und der Eisenbahn haben Köln im Laufe des 19. Jahrhunderts zu einer

modernen Großstadt umgeschaffen. Im Jahre 1880 wurde Kölns weltbekanntes Wahrzeichen, der gotische Dom, vollendet. Im Jahre 1881 wurde der mittelalterliche Mauerring durchbrochen; eine rasch sich ausbauende Neustadt entstand. In zielbewusster Eingemeindungspolitik wurden die in weitem Umkreise ausgeblühten Vororte links- wie rechtsrheinisch in das erweiterte Stadtgebiet einbezogen, im Jahre 1914 sogar die alte bergische Konkurrenzstadt Mülheim am Rhein mit ihrer eigenen großen Interessensphäre. So hat sich die Bevölkerung in einer Zeitspanne von wenig mehr als 100 Jahren von etwa 50 000 auf über 700 000 Einwohner vermehrt, die sich auf ein Areal von über 20 000 Hektar verteilen, während der Kern der Altstadt, das römische Köln, nur 24 Hektar umfaßt und sich rasch zu einer City ausbildet.

Auf beiden Ufern des Rheins dehnt sich weithin die große Stadt aus; drei, demnach vier feste Brücken verbinden die beiden Seiten. Aus der Handelshochschule, der Stiftung Westphalens, ist eine stark besuchte neue Universität hervorgegangen. Ein großes rheinisches Museum soll die rheinische Kultur in weitestem Umfange zur Schau bringen. Ein breiter, zwischen dem alten Stadtkern und den Vororten sich einschneidender Grüngürtel und ein bedeutend erweiterter Stadtwald geben Licht und Luft. Ein großer Hafen bei Niehl mit anschließendem Industriegelände soll die wertvolle Grundlage von Kölns Wohlstand erweitern und festigen. Es sind weischaudende Pläne einer großzügigen städtischen Verwaltung, teils vollendet, teils in der Ausführung begriffen. Möge die neueste Entwicklung der alten sich stets verjüngenden Stadt unter einem glücklichen Stern stehen!

presse überhaupt, wie unsere Verbandszeitung, die „Solidarität“, im besonderen, soll ein Spiegelbild des gewerkschaftlichen Lebens der betreffenden Organisation darstellen. In der Zeitung soll wiedergegeben werden, was die Mitgliedschaften tun und denken, wie sie handeln und was sie fordern. Es ist leider der Redaktion nicht möglich gewesen, diesem durchaus berechtigten Verlangen der Mitglieder immer nachzukommen. Ich würde daher die hier anwesenden Delegierten, die ja die besten Funktionäre unserer Organisation sind, bitten, doch zu ihrem Teil und nach ihren Fähigkeiten dazu beizutragen, daß mein Wunsch als Redakteur unserer Verbandszeitung, wenn nicht erfüllt wird, ihm aber doch bis zu einem gewissen Grade gerecht wird. In der letzten Zeit sind wir dazu übergegangen, auch besondere Beilagen für das Arbeitsrecht zu referieren und ebenfalls für die Frau etwas zu bringen. Damit meine ich nicht besonders unsere Mitglieder, unsere Kolleginnen, sondern ich habe versucht, mich an die Frauen der Kollegen, an ihre weiblichen Familienmitglieder deshalb zu wenden, weil ich selbst bin, die Zeitung auch für die Familienangehörigen zu einem Teil lesenswert zu machen. Die Einführung der sogenannten arbeitsrechtlichen Beilage „Arbeitsrecht im Betrieb“ entspricht, wie mir mitgeteilt wurde, einem Bedürfnis der Kollegenschaft. Ich lege persönlich nicht so hohen Wert auf alle Entscheidungen der Landes- und Arbeitsgerichte. Wir wissen, daß die nicht immer richtiggehend für uns sein können. Das, was in Leipzig als juristisch recht anerkannt wird, kann Berlin oder Stuttgart oder das Hamburger Arbeitsgericht ganz anders auslegen. Es kommen für uns in erster Linie grundsätzliche Entscheidungen der Berufsinstanzen in Betracht der Landes- und vor allem der Reichsarbeitsgerichte. Aber worauf es mir in der Hauptsache ankommt: die Tätigkeit unserer Vertrauensleute und unserer Betriebsratsmitglieder in den Betrieben. Das ist es, worauf wir unsere Hauptaufmerksamkeit lenken müssen. Ich sage hier nichts Neues, wenn ich mitteile, daß ein großer Teil von den Betriebsratsmitgliedern noch nicht so recht weiß, wie es mit dem immerhin noch etwas neuen Instrument des Betriebsratsgesetzes auskommen und es anwenden soll. Ich habe es daher sehr begrüßt, daß ich hier und da einen Kollegen gefunden habe, der allgemeine Abhandlungen über die Tätigkeit des Betriebsrates geschrieben hat, Artikel, die sie jedenfalls auch mit Interesse verfolgt haben. Ueber die Schreibweise der Zeitung sind mir von einigen Stellen, die sich besonders dafür interessieren, einige Urteile zu Ohren gekommen. Eine Gewerkschaftszeitung ist kein Sensationsblatt; es ist auch schließlich kein Nachrichtenblatt, das durchaus aktuell zu sein hat, das den Verbandsmitgliedern die Nachrichten, sagen wir mal in plakatförmlicher Aufmachung wie die Tageszeitung übermitteln soll. Wir müssen uns darauf beschränken, und dazu ist unsere Zeitung ja auch geschaffen, daß wir diese Dinge, von unserem Standpunkt als Gewerkschaftler gesehen, betrachten, unbekümmert darum, wie sich die Tageszeitung oder andere Organe dazu äußern, oder wie sie aufgenommen sind. Selbstverständlich muß es in dem Betreiben der Schriftleitung liegen, in ihrem Stil möglichst flüssig und nicht langweilig zu sein.

Nach dem Bericht des Obmanns der Revisoren, Fornfest, nimmt der Verbandsvorsitzende der Buchdrucker, Krauß, das Wort und äußert sich zu dem Beschluß der Buchdruckerinternationale: Ich könnte mir ja immerhin denken, daß bei dieser Sachlage man angesichts der Tatsache, daß der DGB. Ihre Verbandsleitung seinerzeit aufgefördert hat, sich einer Internationale anzuschließen, nun evtl. nach dieser Beschlussfassung des Internationalen Buchdruckersekretariats durch Vermittlung der Internationale des Gewerkschaftsbundes vielleicht noch Schritte unternehmen werden könnten. Sie dürfen überzeugt sein, daß wir einen solchen Schritt nicht mißbilligen würden, sondern ihn unterstützen. Es ergibt sich der Zustand, wenn Sie nun diesen Schritt vollziehen, und was auch jedenfalls von Ihnen beschlossen werden soll, daß Sie mit etwa 9000 Mitgliedern einer Internationale angegeschlossen sind und mit 30 000 Mitgliedern weiter außerhalb der internationalen Verbindung stehen. Das Sekretariat würde dann jedenfalls wohl verpflichtet sein, die Sache abermals Ihrer Landeszentrale zur Beschlussfassung zu unterbreiten und ich glaube auch, daß dann immer noch die Möglichkeit vorläge, auch vor 1930 zu dem gewünschten Endergebnis zu kommen, falls nicht ein derartiger Schritt Ihrer Verbandsleitung in irgendeiner Weise belastend für Sie erscheint. Das überlasse ich Ihrer Beurteilung, weiß aber im Augenblick auch keinen Grund Bege anzugeben, daß die Hilfsarbeiter schon vor 1930 an die Internationale angegeschlossen werden. Ich kann nicht verhehlen, daß uns die Sache sehr unangenehm berührt hat. (Schluß des Berichts.)

## Berufsgenossenschaft und Arbeitsaufsicht.

Zu dem vorliegenden Regierungsentwurf eines Arbeitsschutzgesetzes haben die freien Gewerkschaften (DGB. und A.F.-Bund) einen Abänderungsentwurf eingereicht. Er betrifft den 6. Abschnitt des Entwurfs und behandelt die künftige Organisation der Arbeitsaufsicht. (Gewerkschafts-Zeitung, Nr. 6, 11. 2. 28.)

Der Abänderungsentwurf liegt dem Vorläufigen Reichswirtschaftsrat zur Beratung vor.

Gegen den Entwurf wenden sich die Berufsgenossenschaften durch ihre Spitzenorganisation, den Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften. Und der Vorstand der Deutschen Buchdrucker-Berufsgenossenschaft nahm zu dem Abänderungsentwurf in seiner letzten Sitzung Stellung und hat eine Entschliebung angenommen, die in Nr. 46 der „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ veröffentlicht wurde.

Im ersten Teil der Entschliebung weist der Vorstand der Berufsgenossenschaft den Gedanken der freien Gewerkschaften, ihnen die Aufgabe zu nehmen, Unfälle zu verhüten und wirklame erste Hilfe zu leisten, „mit aller Entschiedenheit“ zurück. Wenn die altbewährte, als vorbildlich anerkannte beruflich geübte Betriebsüberwachung den Genossenschaftlichen genommen würde, sei eine gedeihliche Fortentwicklung der Unfallverhütung unmöglich. Der Plan der Gewerkschaften würde sich zum Schaden für die Arbeiter auswirken.

Ein wichtiger Punkt des künftigen Arbeitsschutzes ist sicher die Frage seiner Durchführung. Augenblicklich stehen dafür in Deutschland drei Körperschaften zur Verfügung. Es sind dies die Gewerbeaufsicht, die Berufsgenossenschaften und die Polizei. Die freien Gewerkschaften stehen nun auf dem Standpunkt, daß bei der Neuordnung der Arbeitsschutzgesetzgebung ein Nebeneinander von Körperschaften zu beseitigen sei. Noch dazu dieselben sehr viel gleiche Aufgaben zu erledigen haben.

Ebenfalls muß die Frage entschieden werden, ob künftig das Reich oder die Länder Träger der Arbeitsaufsicht sein sollen. Und endlich wäre zu klären, ob die sozialpolitische Selbstverwaltung durch die Mitwirkung der kollektiven Organe des Arbeitsrechts (Gewerkschaften, Unternehmerverbände) nicht eingeführt werden kann. Das Nebeneinander bestehen von Gewerbeaufsicht, berufsgenossenschaftlicher und polizeilicher Aufsicht machen den jetzigen Zustand für die Arbeiterschaft unübersichtlich und unklar.

Besonders ungünstig wirkt aber die durch den Aufbau der Berufsgenossenschaften begründete einseitige Abhängigkeit der technischen Aufsichtsbeamten der Berufsgenossenschaften von den Unternehmern auf die von Unfällen bedrohte Arbeiterschaft. Diese Abhängigkeit hat schon manchen Aufsichtsbeamten gehindert, durchgreifende Maßnahmen zur Verhütung von Unfällen durchzuführen.

Heute läßt sich der Unfallschutz nicht mehr von dem allgemeinen Arbeitsschutz trennen. Denn Unfälle sind nicht nur auf Maschinen zurückzuführen. Schlechte Räume, ungünstige Beleuchtung, Ermüdung durch übertriebenes Arbeitstempo, schlechte Lüftung, können zu Betriebsunfällen führen.

Die Unmöglichkeit des Nebeneinanderbestehens der Gewerbeaufsicht und der genossenschaftlichen Aufsicht wird ja auch von den beteiligten Kreisen anerkannt.

Im Abänderungsentwurf der Gewerkschaften ist daher die Abtrennung der technischen Betriebsaufsicht von den Berufsgenossenschaften und die Eingliederung der Unfallverhütung in die Arbeitsaufsicht vorgelegen.

Ist diese Vereinigung durchgeführt, so kann ebenfalls die von den Gewerkschaften vorgeschlagene Reichsarbeitsaufsicht errichtet werden. Arbeiter und Unternehmer leiden gleichermaßen unter der Ungleichmäßigkeit im Aufbau der Gewerbeaufsicht sowie in der Durchführung des Arbeitsschutzes in den einzelnen Ländern.

Der zweite Teil der Entschliebung des Vorstandes der Berufsgenossenschaft bestreitet die Kostenersparnis durch die Vereinheitlichung des Arbeitsschutzes. Im Gegenteil würden der Wirtschaft neue Lasten auferlegt. Auch die weitergehende Heranziehung der Arbeiterschaft zur Betriebsüberwachung wäre unzumutbar. Sie wäre nach den bestehenden Gesetzen und Vorschriften schon in ausreichendem Maße vorhanden.

Das Lied von den großen Lasten, die der Wirtschaft auferlegt würden, ist so alt, daß es sich nicht lohnt, darauf einzugehen. Die Frage der weitergehenden Heranziehung der Arbeiterschaft zur Betriebsüberwachung aber ist für die Gewerkschaften doch von grundsätzlicher Bedeutung.

Es ist ein jahrzehntelanger Wunsch der Gewerkschaften, daß in den Arbeitsaufsichtsdienst Arbeiter einzustellen sind. Das sollte bei der Gliederung der Arbeitsaufsichtsdienste auch durchaus möglich sein.

Der Abänderungsentwurf sieht daher eine starke Vermehrung der Aufsichtsbeamten aus den Kreisen der Arbeiterschaft vor. Im § 4 heißt es: „In den mittleren Arbeitsaufsichtsdienst (Aufendienst) kann jeder männliche oder weibliche deutsche Staatsangehörige eintreten, der nach seiner bisherigen theoretischen oder praktischen Vorbildung oder Erfahrung sich für den Arbeitsaufsichtsdienst eignet und nach einer mindestens dreijährigen Ausbildungszeit sich durch eine Prüfung als fähig zur Ausübung des mittleren Arbeitsaufsichtsdienstes ausweist. Ehemalige Arbeitnehmer sind bei der Einstellung in den mittleren Arbeitsaufsichtsdienst zu bevorzugen.“

Schon allein die Tatsache, daß die Kontrolle der Betriebe nur selten vorgenommen werden kann, sollte zur Vermehrung der Aufsichtsbeamten Veranlassung geben.

Wenn der letzte Teil der Entschliebung der Berufsgenossenschaft es so darstellt, als wolle der Gewerk-

schaftsantrag an Stelle der durchgebildeten Aufsichtsbeamten „andere Personen“, denen Spezialkenntnisse und Erfahrungen mangeln, setzen, so ist dies eine Wutmaßung, die mit dem Antrag der Gewerkschaften nichts zu tun hat. Ganz abgesehen noch von dem mehr als weltfremden Denken der Berufsgenossenschaft, die einem Aufsichtsbeamten, der aus dem Arbeiterstande kommt, von Anbeginn Nichtkönnen unter-schieben.

Es verlohnt sich, einer solchen Stellungnahme gegenüber festzustellen, daß bereits auf der Internationalen Arbeitskonferenz im Jahre 1923 von den Arbeitervertretern ein Antrag gestellt wurde, den Regierungen die Anstellung von Hilfsinspektoren nach Vorschlag der Gewerkschaften zu empfehlen. Der Antrag wurde zwar abgelehnt, jedoch spricht sich heute der Bericht des Internationalen Arbeitsamtes folgendermaßen zugunsten dieses Gedankens aus: „Wir erwähnten schon den im Jahre 1923 auf der Konferenz gestellten Antrag, man solle diejenigen Kosten der Arbeitsaufsicht, die ein Arbeiter kraft seiner Erfahrungen und Kenntnisse ausfüllen kann, nach Vorschlägen der Berufsverbände mit Arbeitern belegen. Wir sehen nichts, was vom Standpunkte der Arbeitsaufsicht gegen ein solches Verfahren eingewandt werden könnte. Daß es zu einer rationalen Arbeitsteilung im Aufsichtsdienst zwingt, die Anstellung einer größeren Zahl billiger Hilfskräfte erlaubt und damit zu einer erheblichen Steigerung der Revisionsziffer führt, ist sicher kein Nachteil und nicht zuletzt auch für die Unfallversicherung nützlich.“

Der mehr als platonische Hinweis auf die gefeslich schon mögliche Mitwirkung der Arbeiterschaft (Betriebsräte) bei der Verhütung von Unfällen, wie er von dem Vorstand der Berufsgenossenschaft in der Entschliebung beliebt wird, veranlaßt mich, noch einmal auf den Artikel „Unfallverhütung und Verminderung der Betriebsgefahren“ in Nr. 24 unserer Zeitung hinzuweisen. Hier sind schon die Hemmungen erwähnt, die einer solchen Tätigkeit recht häufig bereitet werden.

Aber viel mehr als die in der Entschliebung aufgerollten Fragen scheint für die Stellungnahme der Anspruch auf die Selbstverwaltung der künftigen Arbeitsaufsicht ausschlaggebend gewesen zu sein.

Da jedoch die Fragen des Arbeitsschutzes die wesentlichsten Interessen der Arbeiterschaft berühren, muß sie auch bei einer Neuregelung der Arbeitsaufsicht besonders auf ein weitgehendes Mitwirkungsrecht Wert legen.

Und da der Arbeitsschutz wesentlich abhängig ist von der Anschauungsweise der Aufsichtsbeamten, sieht der Abänderungsentwurf der Gewerkschaften speziell bei der Befehung dieser Beamten ein weitgehendes Mitbestimmungsrecht der „Ständigen Ausschüsse“ vor. Diese Ausschüsse sollen nach dem Abänderungsentwurf zu zwei Dritteln aus Vertretern der Arbeiterschaft und zu einem Drittel aus Vertretern der Unternehmer (Berufsgenossenschaften) bestehen. Der Vorschlag auf diese Zusammensetzung entpringt allerdings der Anschauung, daß es sich beim Arbeitsschutz um das Recht der Arbeiterschaft auf eine gegen Unfall- und Gesundheitsgefahren gesicherte Arbeitsstätte handelt. Dem Unternehmern dagegen erwächst aus dem Allgemeininteresse der Gesellschaft an der Erhaltung der Arbeitskraft ihrer Mitglieder eine Pflicht, die öffentlich-rechtlichen Charakter hat.

Alles in allem muß man bedauern, daß die Deutsche Buchdrucker-Berufsgenossenschaft eine Entschliebung gegen den Antrag der freien Gewerkschaften eingebracht hat, der wenig modernen Zeitgeist spüren läßt.

## Rundschau.

Eine Statistik der Sowjetpresse. Die Zahl der Zeitungen, die gegenwärtig in Rußland erscheinen, beträgt nach einer in der „Roten Arbeiterzeitung“ veröffentlichten Statistik 556, die eine Gesamtauflage von 7 683 747 Exemplaren haben. Mehr als die Hälfte dieser Blätter erscheinen in Moskau. Nach ihrem Inhalt werden sie in folgende Gruppen eingeteilt: sieben sogenannte „führende Blätter“, wie „Pravda“, „Iswestija“ usw., 107 Bauernzeitungen, 58 Arbeiterzeitungen, 6 Boulevardblätter, 201 Zeitungen der nationalen Minderheiten. Die Zeitungen erscheinen in 49 Sprachen und besitzen dank der „Arbeiter- und Bauern-Korrespondenten“ 335 448 Berichterstatter an den verschiedensten Orten Rußlands. Die Zahl der Zeitschriften beträgt 1291 mit einer Gesamtauflage von 8 403 540 Stück.

## Literatur.

Das Bobby-Bär-Buch. Zweiter Teil. Selten noch hat eine Kinder-geschichte so zahl die Herzen der Kleinen erobert wie „Bobby Bär Abenteuer“, diese lustige Geschichte in ungesägten Fortsetzungen. Das eigene Geschehen ist 48 Seiten hart, hat 21 halbleitige Bilder und Gedichte und ist gegen Einbindung von 1,20 öfter. Schilling (75 Pfennig, 6,50 öfter), Kronen in Briefmarken durch die Vermarktung des „Kleinen Blattes“, Wien V, Rechte Wienzeile 95, zu beziehen.

Für die Woche vom 24. bis 30. Juni ist die Beitragsmarke für das 26. Feld des Mitgliedsbuches oder der Mitglieds-karte zu stellen.

Unserer lieben Kollegin Anna Wehner und Ehegatten zu ihrer silbernen Hochzeit die herzlichsten Glückwünsche.  
Jahfeste Ludwigshafen a. Rh.

Bearbeitet von der Redaktion: R. Schrage, Charlottenburg. Verantwortlich: R. Schrage, Charlottenburg. Druck: Nordwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Charlottenburg. Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68.